

Zur Vorgeschichte des Krieges.

16. / X. 1914.

Tägliche Rundschau

Freitag, 16. Oktober 1914

Zur Vorgeschichte des Krieges.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ veröffentlicht folgenden Artikel:

Amtliche Aktenstücke zur Vorgeschichte des Krieges.

Angeht es bei unseren Gegnern hervortretenden Bestrebungen, der deutschen „Militärpartei“ und dem deutschen Militarismus die Schuld an dem gegenwärtigen Kriege zuzuschreiben, veröffentlicht wir nachstehend eine Reihe von Berichten der deutschen diplomatischen Vertreter im Ausland, die die politischen und militärpolitischen Beziehungen der Ententemächte vor dem Kriegsausbruch zum Gegenstande haben. Von einer Bezeichnung der berichtenden Stellen und des genaueren Datums ist aus naheliegenden Gründen abgesehen worden. Diese Schriftstücke sprechen für sich selbst.

I.

..... März 1913.

Immer enger werden die Maschen des Netzes, in die es der französischen Diplomatie gelingt, England zu verstricken. Schon in den ersten Phasen des Marokkonofliktes hat beinahe England an Frankreich Zusagen militärischer Natur gemacht, die sich inzwischen zu konkreten

Vereinbarungen der beiderseitigen Generalstäbe

verdichtet haben. Bezüglich der Abmachungen wegen eines Zusammenwirkens zur See erfahre ich von gewöhnlich gut unterrichteter Seite das folgende:

Die englische Flotte übernimmt den Schutz der Nordsee, des Kanals und des Atlantischen Ozeans, um Frankreich die Möglichkeit zu geben, seine Seestreitkräfte im westlichen Bassin des Mittelmeeres zu konzentrieren, wobei ihm als Stützpunkt für die Flotte Malta zur Verfügung gestellt wird. Die Einzelheiten beziehen sich auf die Verwendung von französischen Torpedobooten und Unterseebooten im Kanal und des englischen Mittelmeergeschwaders, das bei Ausbruch des Krieges dem französischen Admiral unterstellt wird.

Inzwischen hat die Haltung der englischen Regierung während der marokkanischen Krise im Jahre 1911, in der sie sich als ein ebenso kritisches wie gefügiges Werkzeug der französischen Politik erwiesen und durch die Lloyd Georgesche Rede den französischen Chauvinismus zu neuen Hoffnungen ermutigt hat, der französischen Regierung eine Dankgabe geboten, um einen weiteren Nagel in den Sarg zu treiben, in den die Entente-politik die politische Engherzigkeit Englands bereits gebettet hat.

Von besonderer Seite erhalte ich Kenntnis von einem Notenwechsel, der im Herbst vergangenen Jahres

zwischen Sir Edward Grey und dem Botschafter Cambon

stattgefunden hat, und den ich mit der Bitte um streng vertrauliche Behandlung hier vorzulegen die Ehre habe. In dem Notenwechsel vereinbaren die englische und die französische Regierung für den Fall eines drohenden Angriffs von Seiten einer dritten Macht sofort in einen Meinungsaustausch darüber einzutreten, ob gemeinsames Handeln zur Abwehrung des Angriffs geboten sei, und gegebenenfalls, ob und inwieweit die bestehenden militärischen Vereinbarungen zur Anwendung zu bringen sein würden.

Die Fassung der Vereinbarung trägt mit feiner Berechnung der englischen Mentalität Rechnung. England übernimmt formell keinerlei Verpflichtung zu militärischer Hilfeleistung. Es behält dem Wortlaut nach die Hand frei, stets nur seinen Interessen entsprechend handeln zu können. Daß sich aber diese Vereinbarungen in Verbindung mit den getroffenen militärischen Abmachungen Englands de facto dem französischen Revanchegedanken bereits rettungslos verschrieben hat, bedarf kaum einer besonderen Ausführung.

Die englische Regierung spielt ein gefährliches Spiel. Sie hat durch ihre Politik in der bosnischen und in der marokkanischen Frage Krisen hervorgerufen, die Europa zweimal an den Rand eines Krieges brachten. Die Ermutigung, die sie direkt wie indirekt andauernd dem französischen Chauvinismus zuteil werden läßt, kann eines Tages zu einer Katastrophe führen, bei der englische wie französische Soldaten auf französischen Schlachtfeldern englische Einkreisungspolitik mit ihrem Blute bezahlen werden.

Die Saat, die König Eduard gesät hat, geht auf.

Brief Sir E. Greys an den französischen Botschafter Paul Cambon.

Foreign Office, 22. November 1913.

My dear Ambassador! From time to time in recent years the French and British naval and military experts have consulted together. It has always been understood that such consultation does not restrict the freedom of either Government to decide at any future time whether or not to assist the other by armed force. We have agreed that consultation between experts is not and ought not to be regarded as an engagement that commits either Government to action in a contingency that has not arisen and may never arise. The disposition for instance of the French and British fleets respectively at the present moment is not based upon an engagement to cooperate in war.

You have, however, pointed out that if either Government had grave reason to expect an unprovoked attack by a third Power, it might become essential to know whether it could in that event depend upon the armed assistance of the other.

I agree that, if either Government had grave reason to expect an unprovoked attack by a third Power, or something that threatened the general peace, it should immediately discuss with the other whether both Governments should act together to prevent aggression and to preserve peace, and, if so, what measures they would be prepared to take in common. If these measures involved action, the plans of the general staffs would at once be taken into consideration and the Governments would then decide, what effect should be given to them.

Zu Deutsch:

Mein lieber Gesandter! Von Zeit zu Zeit in den letzten Jahren haben die französischen und britischen Marine- und Militärfachleute

miteinander beraten. Es hat sich dabei immer von selbst verstanden, daß solche Beratung nicht die Freiheit einer jeden Regierung einschränke, in irgendwelcher Zukunft zu entscheiden, ob dem anderen mit bewaffneter Macht beizustehen sei oder nicht. Wir sind übereingekommen, daß diese Beratung zwischen den Fachleuten weder jetzt noch in Zukunft als eine Verpflichtung für die Regierungen angesehen werden soll, in gewissen Fällen, die sich noch nicht ereignet haben und die sich niemals ereignen mögen, handelnd einzugreifen. Die Anordnung z. B. der britischen und französischen Flotte bezüglich des gegenwärtigen Augenblicks ist nicht gegründet auf eine Verpflichtung zum Zusammenwirken im Kriege.

Sie haben indessen darauf hingewiesen, daß wenn eine der beiden Regierungen gewichtigen Grund hätte, einen nicht herauszufordernden Angriff von einer dritten Macht zu erwarten, es wesentlich sein würde, zu wissen, ob sie bei einem solchen Ereignis auf die bewaffnete Hilfe der anderen rechnen könnte.

Ich stimme damit überein, daß, wenn eine der beiden Regierungen gewichtigen Grund hätte, einen nicht herauszufordernden Angriff von einer dritten Macht oder sonst etwas den allgemeinen Frieden Bedrohendes zu erwarten, sie sofort mit der anderen erörtern sollte, ob beide Regierungen zusammen handeln sollen, um dem Angriff zuvorzukommen und den Frieden zu bewahren, und wenn, welche Maßnahmen sie zu gemeinsamem Vorgehen vorbereiten sollten. Wenn diese Maßnahmen zum Eingreifen führen sollten, wären die Pläne der Generalstäbe zunächst in Betracht zu ziehen, und die Regierungen würden dann entscheiden, welche Folge ihnen gegeben werden soll.

Brief des französischen Botschafters M. Paul Cambon an Sir E. Grey.

Londres, le 23 Novembre 1913.

Par Votre lettre en date d'hier 22 Novembre, Vous m'avez rappelé que dans ces dernières années les autorités militaires et navales de la France et de la Grande Bretagne s'étaient consultées de temps en temps; qu'il avait toujours été entendu que ces consultations ne restreignaient pas la liberté pour chaque Gouvernement de décider dans l'avenir s'ils se prêteraient l'un l'autre le concours de leurs forces armées; que de part et d'autre ces consultations entre spécialistes n'étaient et ne devaient pas être considérées comme des engagements obligeant nos Gouvernements à agir dans certains cas; que cependant je Vous avais fait observer que si l'un ou l'autre Gouvernement avait de graves raisons d'appréhender une attaque non provoquée de la part d'une tierce Puissance il deviendrait essentiel de savoir s'il pourrait compter sur l'assistance armée de l'autre. Votre lettre répond à cette observation et je suis autorisé à Vous déclarer que dans le cas où l'un de nos Gouvernements aurait un motif grave d'appréhender soit l'agression d'une tierce Puissance soit quelque événement menaçant pour la paix générale, ce Gouvernement examinerait immédiatement avec l'autre si les deux Gouvernements doivent agir de concert en vue de prévenir l'agression ou de sauvegarder la paix. Dans ce cas, les deux Gouvernements délibéreraient sur les mesures qu'ils seraient disposés à prendre en commun; si ces mesures comportaient une action, les deux Gouvernements prendraient aussitôt en considération le plan de leurs Etats-Majors et décideraient alors de la suite qui devrait être donnée à ces plans.

Zu Deutsch:

Durch Ihren Brief vom gestrigen 22. November haben Sie mich daran erinnert, daß in diesen letzten Jahren die Militär- und Marinebediensteten Frankreichs und Großbritanniens sich von Zeit zu Zeit beraten haben, und daß dies stets so verstanden wurde, daß diese Beratungen nicht die Freiheit jeder Regierung beschränkten, in der Zukunft zu entscheiden, ob eine der anderen bewaffnete Hilfe leisten wolle und daß ferner nach Uebereinkunft diese Beratungen weder jetzt noch künftig angesehen werden sollten als eine Verpflichtung, die unsere Regierungen in gewissen Fällen zum Eingreifen verbande, daß ich indessen Sie darauf aufmerksam machte, wenn die eine oder andere Regierung gewichtige Gründe habe, einen nicht herauszufordernden Angriff von einer dritten Macht zu erwarten, würde es wesentlich, zu wissen, ob sie auf die bewaffnete Hilfe der anderen zählen könnte. Ihr Brief antwortet auf diese Bemerkung, und ich bin ermächtigt, Ihnen zu erklären, daß, wenn eine unserer beiden Regierungen gewichtigen Grund hätte, entweder einen Angriff einer dritten Macht oder irgendein den allgemeinen Frieden bedrohendes Ereignis zu erwarten, diese Regierung sofort mit der anderen beraten würde, ob die beiden Regierungen zusammen handeln sollen, um dem Angriff zuvorzukommen oder den Frieden zu bewahren. In diesem Falle würden die beiden Regierungen über die gemeinsamen Maßnahmen beraten, welche sie zu ergreifen gedenken. Wenn diese Maßnahmen zu einem gemeinsamen Vorgehen führen sollten, würden die beiden Regierungen sofort die Pläne ihrer Generalstäbe in Betracht ziehen und dann über die Folge entscheiden, welche diesen Plänen gegeben werden solle.

II.

..... Mai 1914.

Ueber die politischen

Ergebnisse des Besuchs des Königs von England in Paris

erfahre ich, daß zwischen Sir Edward Grey und Herrn Doumergue eine Reihe politischer Fragen erörtert worden ist. Außerdem ist französischerseits die Anregung erfolgt, die bestehenden besonderen militärpolitischen Abmachungen zwischen Frankreich und England durch analoge Abmachungen zwischen England und Rußland zu ergänzen. Sir Edward Grey hat den Gedanken sympathisch aufgenommen, sich aber außerstande erklärt, ohne Befragen des englischen Kabinetts irgendeine Bindung zu übernehmen. Der Empfang der englischen Gäste durch die französische Regierung sowie die Pariser Bevölkerung soll den Minister in hohem Grade beeindruckt haben. Es ist zu befürchten, daß der englische Staatsmann, der zum ersten Male in amtlicher Eigenschaft im Ausland gewirkt und, wie behauptet wird, überhaupt zum ersten Male den englischen Boden verlassen hat, französischen Einflüssen in Zukunft noch in höherem Grade unterliegen wird, als das bisher schon der Fall war.

III.

..... Juni 1914.

Die Nachricht, daß französischerseits anlässlich des Besuchs des Königs von England in Paris

militärische Abmachungen zwischen England und Rußland

angeregt worden sind, wird mir bestätigt. Ueber die Vorgeschichte erfahre ich zuverlässig, daß die Anregung auf Herrn Jzowski zurückgeht. Der Gedanke des Botschafters war es gewesen, die erwartete Festimmung der Tage von Paris zu einer

Umwandlung der Tripelentente in ein Bündnis nach Analogie des Dreibundes

auszunutzen. Wenn man sich schließlich in Paris und Petersburg mit weniger begnügt hat, so scheint dafür die Erwägung maßgebend gewesen zu sein, daß in England ein großer Teil der öffentlichen Meinung dem Abschluß förmlicher Bündnisverträge mit anderen Mächten durchaus ablehnend gegenübersteht. Angesichts dieser Tatsache hat man sich doch der zahlreichen Beweise für den gänzlichen Mangel an Widerstandskraft der englischen Politik gegen Einflüsse der Entente — ich darf an die Gefolgschaft erinnern, die noch jüngst Rußland in der Frage der deutschen Militärmission in der Türkei von England erfahren hat — offenbar geachtet, gleich mit der Tür ins Haus zu fallen. Es ist vielmehr die Taktik langamen schrittweisen Vorgehens beschlossen worden. Sir Edward Grey hat die französisch-russische Anregung im englischen Ministerrat warm vertreten, und das Kabinett hat sich seinem Votum angeschlossen. Es ist beschlossen worden, in erster Linie ein Marineabkommen ins Auge zu fassen und die Verhandlungen in London zwischen der englischen Admiralität und dem russischen Marineattaché stattfinden zu lassen.

Die Befriedigung der russischen und französischen Diplomatie über diese erneute Ueberumpelung der englischen Politiker ist groß. Man hält den Abschluß eines formellen Bündnisvertrages nur noch für eine Frage der Zeit. Um dies Ergebnis zu beschleunigen, würde man in St. Petersburg sogar zu gewissen Scheinlongenationen an England in der persischen Frage bereit sein. Die zwischen den beiden Mächten in dieser Hinsicht in letzter Zeit aufgelauchten Meinungsverschiedenheiten haben noch keine Erlebigung gefunden. Russischerseits arbeitet man vorläufig mit beruhigenden Versicherungen wegen der Befürchtungen, die in England im Hinblick auf die Zukunft Indiens in neuerer Zeit wieder hervorgerufen sind.

IV.

..... Juni 1914.

Man ist in Petersburg und London sehr beunruhigt wegen der französischen Indiskretionen über die russisch-englische Marinekonvention.

Sir Edward Grey befürchtet Anfragen im Parlament. Der Marineattaché, Kapitän Wolkow, der einige Tage in Petersburg gewesen ist, vermutlich um Instruktionen für die Verhandlungen in Empfang zu nehmen, ist nach London zurückgekehrt. Die Verhandlungen haben bereits begonnen.

V.

..... Juni 1914.

In Unterhause wurde von ministerieller Seite an die Regierung die Anfrage gerichtet,

ob Großbritannien und Rußland jüngst ein Marineabkommen abgeschlossen hätten

und ob Verhandlungen zwecks Abschluß einer solchen Vereinbarung unlängst zwischen den beiden Ländern stattgefunden hätten oder gegenwärtig im Gange seien.

Sir Edward Grey

nahm in seiner Antwort Bezug auf ähnliche im Vorjahre an die Regierung gerichtete Anfragen. Der Premierminister habe damals, so fuhr Sir Edward Grey fort, geantwortet, es bestünden für den Fall des Ausbruchs eines Krieges zwischen europäischen Mächten keine unversöhnlichen Vereinbarungen, die die freie Entscheidung der Regierung oder des Parlaments darüber, ob Großbritannien an einem Kriege teilnehmen solle oder nicht, einengen oder hemmen würden. Diese Antwort sei heute ebenso zutreffend wie vor einem Jahre. Es seien seither keine Verhandlungen mit irgendeiner Macht abgeschlossen worden, die die fragliche Erklärung weniger zutreffend machen würden; keine derartigen Verhandlungen seien im Gange, und es sei auch, soweit er urteilen könne, nicht wahrscheinlich, daß in solche eingetreten werden würde; wenn aber irgendein Abkommen abgeschlossen werden sollte, das eine Zurücknahme oder Abänderung der erwähnten letztjährigen Erklärung des Premierministers nötig machen sollte, so müßte dasselbe seiner Ansicht nach, und das würde auch wohl der Fall sein, dem Parlament vorgelegt werden.

Die englische Presse enthält sich in ihrer großen Mehrzahl jeglicher Bemerkungen zu der Erklärung des Ministers.

Nur die beiden radikalen Blätter „Daily News“ und „Manchester Guardian“ äußern sich in kurzen Zeilen. Die erstgenannte Zeitung begrüßt die Worte Sir Edward Greys mit Begeisterung und meint, sie seien klar genug, um jeden Zweifel zu zerstreuen. England fei nicht im Schlepptau irgendeines anderen Landes. Es sei nicht der Waffall Rußlands, nicht der Verbündete Frankreichs und nicht der Feind Deutschlands.

Die Erklärung sei eine heilsame Lektion für diejenigen englischen Prekente, die glauben machen wollten, daß es eine „Tripelentente“ gebe, die dem Dreibund weisungsgleich sei.

Der „Manchester Guardian“ hingegen ist durch die Erklärung des Ministers nicht befriedigt. Er bemängelt ihre gewundene Form und sucht nachzuweisen, daß sie Auslegungen zulasse, die das Vorhandensein gewisser, viel-